

Mündliche Anfragen

zur 8. Fragestunde

in der 34. Plenarsitzung vom 11. Mai 2017

1. Anfrage der Abg.
Sabine Wölfle SPD

Eingang: 03. 05. 2017

Spitzabrechnung der Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für das Jahr 2015

- a) Seit wann liegen dem Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration die geprüften Jahresabschlussrechnungen der Stadt- und Landkreise für deren Ausgaben bei der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen im Kalenderjahr 2015 vor?
- b) Bis wann können die Stadt- und Landkreise mit der Erstattung ihrer anerkannten Mehrkosten bzw. der entsprechenden Verordnung des Landes zur rückwirkenden Neufestsetzung der Kostenpauschale nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) für das Jahr 2015 rechnen?

2. Anfrage des Abg.
Lars Patrick Berg AfD

Eingang: 04. 05. 2017

Anhebung der Abschreibungsgrenze für geringwertige Wirtschaftsgüter

- a) Unterstützt die Landesregierung die Bestrebungen der Bundesregierung, die seit 1965 geltende Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter von derzeit 410 € auf 800 € anzuheben?
- b) Welche konkreten Maßnahmen zur Entlastung von KMU, kleinen und mittleren Unternehmen, von Bürokratie und Steuern wird sie im Jahr 2017 unternehmen?

3. Anfrage des Abg.
Stefan Herre AfD

Eingang: 04. 05. 2017

Findet das Sparkassengesetz für Baden-Württemberg in den Landkreisen, Städten und Gemeinden keine Anwendung?

- a) Inwieweit bzw. in welchen Etappen gab es in den Landkreisen im Regierungsbezirk Tübingen in den letzten zehn Jahren Ausschüttungen durch Sparkassen, nachdem sie in ihren Jahresgeschäftsberichten Überschüsse ausgewiesen hatten?
- b) Weshalb verzichten nach Kenntnis der Landesregierung Oberbürgermeister, Landräte, Stadt- und Gemeinderäte in den Kommunen auf die gemäß § 31 des Sparkassengesetzes für Baden-Württemberg möglichen Ausschüttungen, obwohl die Eigenkapitalquoten übererfüllt sind?

4. Anfrage des Abg.
Lars Patrick Berg AfD
Eingang: 04. 05. 2017
- Eigenheimzulage – Unterstützung für Familien mit Kindern auf dem Wohnungsmarkt**
- a) Welche Instrumente sieht die Landesregierung, um Familien mit Kindern verstärkt die Möglichkeit zu geben, nach Abschaffung der Eigenheimzulage Wohneigentum zu erwerben?
- b) Welche konkreten rechtlichen Maßnahmen will sie ergreifen, um kinderreichen und jungen Familien, auch bei Erzielung von kleinen und mittleren Einkommen, ausreichend Wohnraum anzubieten?
5. Anfrage des Abg.
Stefan Herre AfD
Eingang: 04. 05. 2017
- Mehrwertsteuersenkung für servierte Speisen bei Gaststätten, Gleichbehandlung der Gastronomie und Wettbewerbsfähigkeit stärken, Kalkulationsnachteil von zwölf Prozentpunkten aufheben**
- a) Inwiefern wird sich die Landesregierung nunmehr zeitnah im Bundesrat für eine Absenkung des Mehrwertsteuersatzes für Gaststätten starkmachen?
- b) Wie steht sie grundsätzlich dem Vorschlag gegenüber, im Hinblick auf das Gaststättensterben Gastronomen mit einer Senkung des Steuersatzes für servierte Speisen zu entlasten und ihnen somit eine Gleichbehandlung mit der Lebensmittelindustrie zukommen zu lassen?
6. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP
Eingang: 04. 05. 2017
- Aktuelle Situation der Nachtflugrettung in Baden-Württemberg nach der geplanten Stationierung eines Rettungshubschraubers in Villingen-Schwenningen**
- a) Wie hoch gestalten sich die Kosten für die geplante Stationierung eines nachflugtauglichen Rettungshubschraubers in Villingen-Schwenningen im Vergleich zu einer finanziellen Beteiligung des Landes an der Mitnutzung des Rettungshubschraubers Christoph 65 am Standort in Dinkelsbühl-Sinnbronn (Landkreis Ansbach)?
- b) Plant die Landesregierung zeitnah, den östlichen Landesteil Baden-Württembergs, welcher sich entlang der Bundesautobahn A 7 erstreckt, mittels einer finanziellen und operationellen Kooperation mit dem Freistaat Bayern durch eine gemeinsame Nutzung von Christoph 65 ebenfalls mit einem nachflugtauglichen Rettungshubschrauber zu versorgen?
7. Anfrage des Abg.
Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP
Eingang: 04. 05. 2017
- Anzahl, Auslastung und Ausbau der Park-and-ride-Plätze an Bahnhöfen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis**
- a) Wie viele öffentliche Park-and-ride-Plätze mit welcher Auslastung und einem möglichen Mehrbedarf bestehen derzeit an den Bahnhöfen in den Landkreisen Schwäbisch Hall, Hohenlohekreis und Main-Tauber-Kreis?
- b) Plant die Landesregierung, die betreffenden Kommunen bei anstehenden Verhandlungen mit der Bahn zeitnah, aktiv und gegebenenfalls auch mit finanziellen Zuschüssen seitens des Landes zu unterstützen, um dafür zu sorgen, dass sich die Anzahl der Park-and-ride-Parkmöglichkeiten insbesondere an den Bahnknotenpunkten in den drei genannten Landkreisen spürbar erhöht und so das Umsteigen von der Straße auf die Schiene für die zahlreichen Berufspendler der Region noch attraktiver wird?

8. Anfrage des Abg.
Dr. Erik Schweickert
FDP/DVP

Eingang: 08. 05. 2017

**Lärmschutz im Zuge des Ausbaus der Bundesautobahn A 8
im Bereich der Gemeinde Remchingen**

- a) Bei welchen Planfeststellungsverfahren wurden in den letzten 50 Jahren in Baden-Württemberg Planfeststellungsbeschlüsse gefasst, bei denen sich – analog dem Fall des Autobahnausbaus der A 8 bei Remchingen – im Nachhinein herausgestellt hat, dass die Planfeststellungsbehörde falsche Berechnungen bzw. anderweitige unzutreffende Annahmen zugrunde gelegt hat, daraus negative Effekte für die Bürgerinnen und Bürger entstanden sind und trotzdem staatlicherseits im Sinne des Urteils BVerwG 9 C 2.06 argumentiert wurde, dass das Planversagen der Behörde von den Bürgerinnen und Bürgern hätte vorausgesehen und vor Abschluss des Planfeststellungsbeschlusses vor Gericht hätte eingeklagt werden müssen?
- b) Inwieweit ist man in diesen Fällen den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern staatlicherseits auf freiwilliger Basis anderweitig trotzdem entgegengekommen (wie z. B. nachträgliche Schutzvorkehrungen oder Finanzierung entsprechender Lärmschutzmaßnahmen)?